



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

TÜRKEI BULLETTIN 06-2020

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Projektbüro Türkei
Cumhuriyet Cad. No 107 D 2
Elmadağ-Istanbul 34473
Türkei

/fnst-turkey.org

Verfasser

Laura Kunzendorf
Dr. Ronald Meinardus (RM)

Redaktion

Dr. Ronald Meinardus

Stand

März 2020

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Kontakt

Für Hinweise und Anregungen erreichen Sie die Redaktion unter turkey@fnst.org.



TÜRKEI BULLETIN 06/20

Berichtszeitraum: 17. – 31. März 2020

Inhalt: Corona-Pandemie: Das nächste Italien? Dunkelziffern, Krisenkommunikation und ein populärer Minister. Uneinigkeit über Ausgangssperre: Nur Rentner müssen zu Hause bleiben. Teilamnestie für Kriminelle, aber politische Gefangene sollen hinter Gittern bleiben. Auch in Corona-Zeiten: HDP im Fadenkreuz. „Verwirrende Signale“ – „Stabilitätsschild“ der Regierung enttäuscht auf breiter Front. Gesundheitssektor unter Druck: Medizinisches Personal darf drei Monate lang nicht kündigen. Gescheitertes Kalkül: Wie Ankara sich in der Flüchtlingsfrage ins Abseits manövriert hat. Frauenpower? – Empirische Daten zur Gleichstellung der Frau geben ein gemischtes Bild.

Das nächste Italien? Dunkelziffern, Krisenkommunikation und ein populärer Minister

Noch vor wenigen Wochen vermittelten die türkischen Medien den Eindruck, die Türkei könne von der Corona-Pandemie verschont bleiben. Pseudo-Wissenschaftler sprachen in TV-Sendungen von einer angeblichen Immunität der Türken und Türkinnen gegen das Virus. An anderen Stellen war zu hören, die weitverbreitete Nutzung des türkischen *Eau de Cologne* und der rege Verzehr der traditionellen „Kelle-Paça-Suppe“ (Lammkopfsuppe) würden eine Verbreitung des Virus in der Türkei verhindern.

Nachdem der Gesundheitsminister Fahrettin Koca am 11. März den ersten Corona-Fall bekannt gab, schossen jedoch auch in der Türkei die Fallzahlen in die Höhe. So schnell, dass einige Beobachter mittlerweile die Frage aufwerfen, ob das Land zum „neuen Italien“ wird. Bei Redaktionsschluss (31.03.2020, 8 Uhr) lag die Zahl der Infizierten bei 10.827, die Zahl der Todesfälle bei 168. Mehr als 40 Wohngebiete in der ganzen Türkei, die besonders vom Virus betroffen sind, stehen unter Quarantäne.

In dieser kritischen Zeit wandte sich Präsident Erdoğan bisher nur drei Mal an die Öffentlichkeit, die es eigentlich gewohnt ist, das Staatsoberhaupt täglich in Fernsehansprachen zu sehen. Die Journalistin Cansu Çamlıbel und der angesehene Ökonom Can Selçuki ordneten dieses zurückhaltende Verhalten des Präsidenten in ihrem Podcast „Zeitgeist Turkey“ als eine strategische Kommunikationsstrategie ein: „Er verzichtet darauf, das Gesicht von schlechten Nachrichten zu sein. Er will der Überbringer von guten Nachrichten sein.“

In seiner ersten Ansprache eine Woche nach Beginn des Corona-Ausbruchs in der Türkei, kündigte der Präsident ein Hilfspaket für die Wirtschaft an. Eine Woche später versprach er dem Volk: „Mit guter Isolation werden wir die Ausbreitungsrate innerhalb von zwei bis drei Wochen verlangsamen und diesen Prozess mit dem geringstmöglichen Schaden beenden.“

Die Verkündung der steigenden Zahlen der Infizierten und Toten überlässt der Präsident seinem Gesundheitsminister, der den aktuellen Stand allabendlich bekannt gibt. Diese ständige Kommunikation nehmen die Menschen positiv auf, sodass der Kolumnist Emin Çölaşan der linksgerichteten Tageszeitung *Sözcü* dem Gesundheitsminister bescheinigt, derzeit der „beliebteste Mensch der Türkei“ zu sein. Eine Studie der Forschungsunternehmen *Strateji Co* und *ERA Research* ermittelte Mitte März, dass die Bevölkerung den Gesundheitsminister für die zuverlässigste Quelle zum Thema Corona-Virus hält.

Die Journalistin Nevşin Mengü sieht das anders: Der Minister erzeuge nur die „Illusion von Transparenz“, während er die Menschen tatsächlich im Dunklen lasse. Er kläre, so die bekannte Journalistin, weder über die geografische Verteilung der Fälle auf, noch über Alter oder Vorerkrankungen der Patienten, die am Corona-Virus verstorben sind.

Der Informationsdienst *BalkanInsight* zitiert Mediziner, die die Infektionsrate in der Türkei als deutlich höher beziffern als die offiziellen Zahlen. Sie

lassen einen Arzt zu Wort kommen, der aus Angst vor politischem Druck anonym bleiben will: „Was ich in meinem Krankenhaus und darüber hinaus beobachtet, ist, dass die tatsächlichen Zahlen mindestens zwei oder drei Mal höher sind als die Zahlen der Regierung. Die COVID-19-Pandemie ist außer Kontrolle.“

Der Vorsitzende der türkischen Ärztekammer, Sinan Adıyaman, bestätigte laut der Analyseseite *YetkinReport*, dass die tatsächliche Fallzahl weit über den offiziellen Angaben liegen dürfte. Viele Patienten und Patientinnen würden zwar mit Corona diagnostiziert, erscheinen aber wegen eines Mangels an Tests nicht in den offiziellen Statistiken. Darauf weist auch die Rede Erdoğan's vom 25. März hin, in der er 854 Infizierte erwähnte, während sein Gesundheitsminister von 2433 Fällen sprach.

Reporter, die den Zahlen auf den Grund gehen, begeben sich auf dünnes Eis: Zwei Journalisten, die aufgrund eines Artikels über Corona-Todesfälle verhaftet wurden, berichteten gegenüber dem Blatt *Bianet* nach ihrer Freilassung von Einschüchterung. Um ihre Quellen zu schützen, würden sie nicht mehr selbst recherchieren und nur über offizielle Pressemitteilungen der Regierung berichten.

Innenminister Süleyman Soyulu verkündete, dass die Behörden über 2500 Konten in sozialen Medien untersucht und über 400 Menschen wegen „provokativen und falschen“ Posts über den Corona-Virus verhaftet haben. Der Journalist Metin Gürcan schreibt im Analyseportal *AI-Monitor* gar von der Möglichkeit, dass die Regierung zu einem kritischen Zeitpunkt den Zugang zu den sozialen Medien sperren könnte. In der Vergangenheit haben die Behörden oft von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, um die öffentliche Debatte zu kontrollieren.

Uneinigkeit über Ausgangssperre: Nur Rentner müssen zu Hause bleiben

Laut Innenminister Soyulu steht das öffentliche Leben in der Türkei zu 80% still. Doch auf eine allgemeine Ausgangssperre, wie es sie bereits in vielen Ländern gibt, konnten sich die türkischen Politiker trotz Forderungen aus der Bevölkerung bisher nicht einigen. Der Regierung nahestehende Quellen berichten, eine Gruppe um Gesundheitsminister Koca spreche sich intern für strengere Maßnahmen, darunter eine Ausgangssperre, aus. Diese Forderung unterstützt auch der Istanbuler Bürgermeister und Erdoğan-Rivale Ekrem İmamoğlu: „Wir müssen für eine richtige soziale Isolation zum Thema

Ausgangssperre radikale Entscheidungen treffen. In kritischen Tagen müssen wir die richtigen Entscheidungen treffen.“ Wenn schon nicht für die ganze Türkei, solle zumindest für die Metropole Istanbul eine Ausgangssperre verhängt werden, so der Bürgermeister.

Bislang scheint sich eine Gruppe von Entscheidungsträgern um den Finanzminister und Erdoğan-Schwiegersohn Berat Albayrak durchzusetzen. Diese ist der Ansicht, die Türkei könne sich eine komplette Ausgangssperre wirtschaftlich nicht leisten. Der Journalist Metin Gürcan schreibt, diese Meinungsverschiedenheit innerhalb der Regierungspartei behindere ein umfassendes Krisenmanagement.

Am Ende entschied sich Ankara für einen Mittelweg. Die Regierung verhängte eine Ausgangssperre bisher nur für Menschen über 65 Jahren, knapp 10% der Bevölkerung. Inzwischen sind im Internet zahlreiche Videos von Personen dieser Altersgruppe aufgetaucht, die das Ausgehverbot umgehen oder mit Polizisten streiten. Was einige lustig finden, gibt die Rentner gleichzeitig der Ausgrenzung und Lächerlichkeit preis, kritisiert der Kolumnist Murat Yetkin.

Den Rest der Bevölkerung forderten Gesundheitsminister Koca und Präsident Erdoğan auf, für sich selbst einen „Notstand“ auszurufen und auf freiwilliger Basis zu Hause zu bleiben. Zu weiteren Maßnahmen der Regierung zählen ein Picknick- und Angelverbot. Auch sind Spaziergängen an den Bosphorus- und Meerespromenaden ab sofort nicht mehr zulässig. Es herrschen Beschränkungen der Einkaufszeiten und Anzahl der Käufer, die sich gleichzeitig in einem Supermarkt aufhalten dürfen, sowie ein Verbot, Kinder mit in den Supermarkt zu nehmen. Auch öffentliche Verkehrsmittel dürfen nur noch die Hälfte der Passagiere ihrer normalen Kapazität befördern. Alle internationalen Flüge sind gestrichen und Reisen innerhalb des Landes bedürfen der Genehmigung des jeweiligen Gouverneurs. Die Schulen bleiben landesweit bis mindestens zum 30. April geschlossen. Derzeit lernen die Schüler mithilfe von Online-Angeboten des Bildungsinformationsnetzwerkes *EBA* von zu Hause aus. Das Bildungsministerium koordiniert die digitalen Angebote.

Hier kam es gleich am ersten Tag zu einem Eklat: Im Rahmen einer Dokumentation über die „Demokratische Partei“ (1946-1961), zeigte *EBA TV* den Schülern - darunter Grundschüler - in einem Zeichentrickfilm die Hinrichtung durch den Strang

des ehemaligen Ministerpräsidenten Adnan Menderes. Dieser war nach dem Militärputsch von 1960 zum Tode verurteilt worden. Auf *Twitter* machten die Eltern ihrem Ärger Luft: „Sie behaupten, Unterricht zu geben, aber lassen kleine Kinder das Hängen des Ministerpräsidenten sehen. Alle Mütter und Väter sollten ihre Kinder vor der regierenden Partei beschützen“, schrieb eine Nutzerin.

Laut dem gut vernetzten Journalisten Murat Yetkin, kursieren in Ankara Gerüchte, das Abspielen des Filmes sei kein Versehen gewesen, es handle sich vielmehr um einen Akt der „internen Sabotage“ zur Schwächung des Bildungsministers Selçuk. Hierauf spielte der Minister, der zuvor in der Bevölkerung an Sympathie gewonnen hatte, auch in seiner öffentlichen Entschuldigung an. Er sei nicht einverstanden mit dem Inhalt des Films, habe aber nicht erwartet, dass er seine Mitarbeiter, denen er vertraue, kontrollieren müsse.

Teilamnestie für Kriminelle, aber politische Gefangene sollen hinter Gittern bleiben

Ein in der Türkei heiß diskutiertes Thema ist die anstehende Freilassung Gefangener mit dem Ziel, eine Ausbreitung des Corona-Virus in Gefängnissen zu verhindern. Seit Ausbruch der Pandemie fordern Menschenrechtsorganisationen die Regierung auf, gegen die Zustände in den überfüllten Gefängnissen vorzugehen. „Das Risiko, dass sich das Virus in den Gefängnissen verbreitet, ist gewaltig. Viele (Gefängnisse) sind überfüllt, die Insassen müssen in Schichten auf dem Boden schlafen“, klagt der Menschenrechtsanwalt Erdal Doğan im Analyseportal *AI-Monitor*. Vom Gefängnispersonal, das täglich mit der Außenwelt Kontakt hat, geht ebenfalls eine Ansteckungsgefahr aus. Laut Medienberichten sind derzeit über 1300 Insassen krank, 450 gelten als schwer krank.

Nun folgt die Türkei dem Beispiel des Iran und Bahrains und will kurzfristig ein Gesetz verabschieden, auf dessen Grundlage rund 100.000 der derzeit 300.000 Inhaftierten auf freien Fuß kommen könnten. Der Gesetzesentwurf der Regierungspartei AKP („Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“) sieht Strafmilderung für alle vor dem 1. März verhängten Urteile vor. Ausgenommen von der „Amnestie“ sollen Mord, organisiertes Verbrechen und Verurteilung wegen Terrorismus sein. Mit Kürzung der Haftstrafen würden gleichzeitig die Bewährungsfristen erhöht.

Der Gesetzesentwurf stößt unter Menschenrechtsaktivisten und Anwälten auf scharfe

Kritik. Politische Gefangene, darunter (kurdische) Politiker, Journalisten, Anwälte und Künstler wären von den Strafmilderungen ausgenommen. Ihre Verurteilungen basieren meistens auf Terrorismusvorwürfen, für die das Gesetzesvorhaben der Regierung keine Strafkürzung vorsieht. Emma Sinclair-Webb, die Chefin von *Human Rights Watch* in der Türkei erklärte hierzu: „Terror mag nach einem der schwersten Verbrechen klingen, doch in der Türkei missbraucht die Regierung diese Anklage zu politischen Zwecken.“

Sexualstraftäter und Wiederholungstäter könnten nach Verabschiedung des Gesetzes Strafmilderungen erhalten. Dies stößt bei vielen auf Unverständnis, zumal gewaltfreie politische Gefangene, wie der ehemalige HDP-Vorsitzende Selahattin Demirtaş oder der Unternehmer und Kulturmäzen Osman Kavala demnach keine Aussicht auf eine verkürzte Strafe hätten. Die Pläne der Regierung kritisiert ebenfalls Gökmen Yeşil, der Vorsitzende der *Progressiven Anwaltsvereinigung* (ÇHD) in Istanbul: „Die Regierung nutzt sogar eine Epidemie, die die Gesundheit und das Leben von Millionen von Menschen bedroht, als politisches Manöver.“

In einem gemeinsamen Aufruf warnen 14 Anwaltskammern, das Gesetz könnte die bestehende „Justizkrise“ in der Türkei verschärfen und eine „rechtliche und humanitäre Tragödie“ herbeiführen. Solange die Strafmilderungen nicht auch auf politische Gefangene angewendet würden, entspreche der Gesetzesentwurf nicht dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung. Sechzehn zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem In- und Ausland haben sich der Kritik angeschlossen und fordern eine „nicht-diskriminierende Freilassung“ von Gefangenen.

Türkische Frauenrechtsaktivistinnen sind gleichermaßen bestürzt über den Entwurf zur Strafmilderung, laut dem Sexualstraftäter nur 67% (anstelle von bisher 75%) ihrer Strafe absitzen müssten und der Rest auf Bewährung ausgesetzt werden würde. Die Zeitung *Gazete Duvar* berichtet unterdessen im Zuge der sozialen Isolation über eine Zunahme häuslicher Gewalt gegen Frauen. Gülsüm Kav von der Istanbul NGO *„Wir stoppen Femizide“* spricht von einem „Virus der Gewalt“. Sollten Sexualstraftäter vorzeitig aus der Haft entlassen werden, müssen noch mehr Frauen um ihre Sicherheit bangen, befürchtet die Aktivistin.

Die Anwältinnen Ceren Akkaya und Tuba Torun bemängeln, der Gesetzesentwurf signalisiere

Opfern, die ihnen angetane Gewalt könne verziehen, gar toleriert, werden. Darüber hinaus werfen sie der Regierung vor, die Situation auszunutzen: „Die Regierung versucht seit Jahren beharrlich, eine Regulierung für Begnadigung und Strafreduzierung bei sexuellen Straftaten, insbesondere bei Kindesmissbrauch, umzusetzen.“ Nun nutze sie den Corona-Virus als Ausrede, um solch ein Gesetz durchzusetzen.

Auch in Corona-Zeiten: HDP im Fadenkreuz

Auch die Opposition ist erneut ins Fadenkreuz der Regierung geraten: Seit den Kommunalwahlen vom März 2019, bei denen die HDP („Demokratische Partei der Völker“) 65 Gemeinden gewonnen hatte, hat die Regierung die gewählten Bürgermeister in Dutzenden Gemeinden abgesetzt und durch Treuhänder ersetzt. Am 23. März, führten die Sicherheitskräfte erneut Razzien in fünf Gemeindegebäuden der HDP im Südosten der Türkei durch.

Zeitgleich verhaftete die Polizei zehn HDP-Politiker, acht HDP-Bürgermeister wurden abgesetzt. Wie in der Vergangenheit begründeten die Behörden das Vorgehen mit Terrorismusvorwürfen. Damit sind nur noch in 22 von ursprünglich 65 Gemeinden gewählte HDP-Bürgermeister im Amt. Der HDP-Co-Vorsitzende Mithat Sancar empörte sich: „Diese Politik ist ein Angriff auf den Volkswillen.“ Das Timing sei kein Zufall. Die Regierung habe den Corona-Ausbruch als Gelegenheit genutzt, so der Oppositionspolitiker.

„Verwirrende Signale“ – „Stabilitätsschild“ der Regierung enttäuscht auf breiter Front

In Zeiten der Corona-Krise haben viele Türken Angst vor den wirtschaftlichen Konsequenzen der Epidemie. Eine Studie der privaten Forschungsunternehmen *Strateji Co* und *ERA Research* von Mitte März ergab, dass sich 18 bis 35-Jährige mehr vor der Arbeitslosigkeit fürchten (68%) als vor dem Virus (63%).

Um die Wirtschaft zu stabilisieren, kündigte Präsident Erdoğan am 18. März ein „wirtschaftliches Stabilitätsschild“ im Wert von 100 Mrd. TL (ca. 14 Mrd. €) an. Die Maßnahmen ermöglichen Unternehmen, die Zahlung von Steuern und Sozialabgaben für April bis Juni um sechs Monate zu verschieben. Unternehmen mit Zahlungsschwierigkeiten können außerdem ihre Kreditrückzahlungen um drei Monate verzögern.

Kleine und mittlere Unternehmen sowie solche mit Liquiditätsproblemen sollen bevorzugt Kredite erhalten. Das Maßnahmenpaket enthält auch eine Aufstockung der Mindestrenten, Kredite für soziale Zwecke und 2 Mrd. TL (ca. 280 Mio. €) Finanzhilfen für bedürftige Familien.

Kritiker meinen, das Paket sende zum Teil verwirrende Signale. Während die Bevölkerung angehalten ist, zu Hause zu bleiben und nicht zu reisen, kündigte Präsident Erdoğan Steuersenkungen für Flugtickets und Hotelunterbringungen an. Auch niedrigere Zinsen auf Immobilienkredite könnten die Bürger eher ermuntern, Wohnungen oder Häuser zu besichtigen als zu Hause zu bleiben, kommentiert die Journalistin Barçın Yinanç in der *Hürriyet*.

Auch kritisieren Ökonomen, dass die Maßnahmen nicht weit genug gingen. Verglichen mit den Hilfsprogrammen anderer Länder – darunter etwa Deutschland mit einem Hilfspaket im Umfang von 750 Mrd. € – sei das türkische Maßnahmenpaket „unbedeutend“, sagt der Journalist Cengiz Candar in *Al-Monitor*. Es zeige, dass die Türkei sich keine teuren Ausgaben leisten könne und wirtschaftlich schon jetzt am Limit stehe.

Der Ökonom Mustafa Sönmez bemängelt den Umfang und die Zielrichtung des Paketes: So würden Verzögerungen in den Steuer- oder Kreditrückzahlungen Unternehmen wenig nützen, wenn diese sich in Folge ausbleibender Einnahmen bereits auf Geschäftsschließungen vorbereiten. Das Paket bediene vor allem Unternehmen, Banken und Rentner. Für die Arbeitnehmer, die ihren Job verlieren, bleibe wenig übrig. Unterdessen haben bereits zahlreiche Dienstleistungsunternehmen geschlossen, Fabriken ihre Arbeiter unbezahlt nach Hause geschickt. Die Ökonomin Selva Demiralp von der Istanbuler *Koç-Universität* fordert daher eine Ergänzung des Maßnahmenpakets: Nötig seien direkte Transferzahlungen an all jene, die ihren Job verloren haben. „Wenn das verlorene Einkommen und die Löhne nicht durch die Regierung ersetzt werden, ist es unmöglich, die Räder der Wirtschaft am Laufen zu halten“, warnt die Expertin.

Finanzminister Berat Albayrak sieht das anders; trotz der Corona-Krise hält er an seinem Wachstumsziel von 5% für das Jahr 2020 fest. Um für Liquidität zu sorgen, hat die Zentralbank den Leitzins auf ein einstelliges Level (9,75%) gesenkt. Was die Kreditvergabe stimulieren soll, könnte jedoch die Inflation, die bereits bei gut 12% liegt, anfachen und die Talfahrt der Landeswährung Lira beschleunigen.

Während Unternehmen und Haushalte versuchen, die Krise zu meistern, fand vergangene Woche die erste Angebotsrunde des „Istanbul-Kanals“ statt. Mit dem Projekt will Präsident Erdoğan einen 45 km langen Kanal im Osten von Istanbul schaffen. In der Bevölkerung ist das Projekt aufgrund seiner Umweltrisiken und hohen Kosten von 75 Mrd. TL (ca. 10,5 Mrd. €) umstritten. Daher nahm die Öffentlichkeit die Durchführung der ersten Angebotsrunde, in der fünf Unternehmen um den Zuschlag für die Rekonstruktion zweier historischer Brücken konkurrierten, mit Unverständnis auf. Die *Union türkischer Ingenieure und Architekten* in Istanbul (TMMOB) kritisiert: „Während die Corona-Virus-Pandemie die Agenda diktiert und das Leben in der Türkei zum Stillstand bringt, ist es inakzeptabel, dass Regierungsbeamte ein Projekt mit unverdientem Einkommen priorisieren.“ Mittlerweile hat die Regierung den zuständigen Transportminister Cahit Turhan entlassen - laut Gerüchten als Folge der Ereignisse um den „Istanbul-Kanal“. Doch Beobachter bezweifeln, dass Präsident Erdoğan mit seiner Leidenschaft für Mega-Bauprojekte nichts vom Timing der ersten Angebotsrunde gewusst habe. Der *Hürriyet*-Kolumnist Serkan Demirtaş vermutet, der Transportminister wurde entlassen, weil er gar zu wenig Enthusiasmus für den Istanbul-Kanal zeigte und mit den Projektvorbereitungen zu langsam vorangeschritten sei.

Gesundheitssektor unter Druck: Medizinisches Personal darf drei Monate lang nicht kündigen

In den wirtschaftlichen Hilfsprogrammen der Regierung kommt der Gesundheitssektor zu kurz, mahnen Kritiker. Der Vorsitzende der Ärztekammer, Sinan Adıyaman, sagt: „Die Regierung hat ein 100-Milliarden-Lira Hilfspaket vorgestellt, aber keine 25 Kuruş für den Gesundheitssektor bereitgestellt. Ein Teil des Geldes hätte genutzt werden sollen, damit staatliche Krankenhäuser ihre Schulden bezahlen können.“

Die Webseite *Duvar* berichtet, einige Krankenhäuser hätten ihre Mitarbeiter aufgefordert, sich „auf eine 10-tägige Schicht“ vorzubereiten. In einer Studie verweist die Ärztekammer auf den Mangel an Gesichtsmasken und anderem medizinischem Schutzmaterial.

Unterdessen spricht der Präsident von der „robustesten“ Krankenversicherung der Welt, von den weltweit modernsten Krankenhäusern und dem – so wörtlich – „höchsten Service-Standard“. Die

Türkei verfüge über eine „enorme medizinische Armee“ mit über einer Million Angestellten. Gleichwohl macht sich auch die türkische Regierung Sorgen über die verfügbaren Kapazitäten. Am Wochenende informierte das Gesundheitsministerium, dass es medizinischem Personal für drei Monate nicht erlaubt sei zu kündigen. Zur Entlastung des Sektors kündigte die Regierung die Besetzung von 32.000 neuen Stellen im Gesundheitswesen an.

Dabei gibt es tausende Mediziner, die sofort bereitstehen würden, um das Gesundheitssystem zu entlasten. Nach dem Putschversuch am 15. Juli 2016 hatte die Regierung viele Menschen aus der Justiz, Armee, Polizei und auch dem Gesundheitsbereich entlassen. Viele von ihnen stehen nun bereit, in der Stunde der Not wieder eingestellt zu werden. Die Oppositionspolitiker Kemal Kılıçdaroğlu von der CHP („Republikanische Volkspartei“) sowie der Vorsitzende der neu gegründeten Zukunftspartei, Ahmet Davutoğlu, machten sich hierfür stark. Der Abgeordnete Ömer Gergerlioğlu von der HDP wurde deutlich: „Derzeit sind 15.000 Angestellte aus dem Gesundheitssektor arbeitslos, während die Beschäftigten verängstigt und übermüdet sind. Wären diese 15.000 Angestellten in Amerika oder Italien, wären sie sofort wieder in ihrem Job eingesetzt worden.“

Gescheitertes Kalkül: Wie Ankara sich in der Flüchtlingsfrage ins Abseits manövriert hat

(RM) Die Corona-Krise ist längst Schauplatz einer internationalen politischen Profilierung. Im Wettbewerb der Systeme will auch Ankara mitmischen: „Wir sind zwar nicht das reichste Land der Welt, wohl aber das großzügigste“, sagt Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu. Ankara habe medizinische Unterstützung an 17 Hilfe suchende Länder geleistet, so der Minister, ohne die Empfänger beim Namen zu nennen. Die türkische Presse berichtet derweil über Lieferungen von medizinischem Gerät an das besonders hart von der Corona-Pandemie betroffene Nachbarland Iran.

Das Virus hat auch in der Türkei die politische Tagesordnung auf den Kopf gestellt. Was gestern die Schlagzeilen beherrschte, ist heute allenfalls zweitrangig. Das betrifft auch die Außenpolitik und die Krisenherde, in die Ankara verwickelt ist. Das sind vorrangig der Bürgerkrieg in Syrien, der in diesem Monat in sein zehntes Jahr tritt, die Eskalation an der türkisch-griechischen Grenze und das alles überlagernde Flüchtlingsthema.

Mit der Öffnung der Grenze nach Griechenland reagierte Präsident Erdoğan Ende Februar auf Entwicklungen im Nordwesten Syriens. Es war eine politische Kettenreaktion. Bei einem Angriff syrischer Regierungstruppen waren zahlreiche türkische Soldaten ums Leben gekommen. Auf dem syrischen Schlachtfeld holten die türkischen Truppen zu Gegenschlägen gegen die Assad-Armee aus. Diplomatisch richtete Ankara den Fokus auf die EU und NATO. Von der westlichen Allianz verlangte die Türkei politische Unterstützung für den Plan, im Norden Syriens eine „Sicherheitszone“ einzurichten. Die EU forderte Erdoğan auf, die aus türkischer Sicht nicht eingehaltenen Vereinbarungen aus dem Flüchtlingsdeal von 2016 endlich zu erfüllen. „Wir können die Grenzen der NATO und Europas nicht länger allein schützen“, schrieb Außenminister Çavuşoğlu in der *Financial Times*. „Unsere ungehörten Appelle an die EU, die Flüchtlingsströme ernst zu nehmen und das Abkommen von 2016 zu respektieren, haben im Zuge der jüngsten Vertreibung in Idlib den Siedepunkt erreicht“, so der Minister.

Offiziell hat die Türkei das Flüchtlingsabkommen von 2016 nicht gekündigt. Mit der Öffnung der Grenzen zu Griechenland hat Ankara indes zu verstehen gegeben, dass es sich nicht länger an den Deal gebunden fühlt. „Wir können die Flüchtlinge nicht zwingen hierzubleiben“, sagt der türkische Außenminister zur Grenzöffnung. Dies ist eine diplomatische Version des Vorgangs, der bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie Europas Schlagzeilen beherrscht hat.

Aus unterschiedliche Quellen wissen wir inzwischen, dass türkische Behörden den Andrang an der türkisch-griechischen Grenze gesteuert und die Ausschreitungen gezielt provoziert haben. In Griechenland haben Regierung und Medien diese Vermutung von Beginn an verbreitet. Die These, Ankara habe die Flüchtlinge politisch instrumentalisiert und diplomatisch als „Waffe“ eingesetzt, um die Europäische Union unter Druck zu setzen, hat der Bundesnachrichtendienst (BND) nun laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* bestätigt. Berlins Auslandsgeheimdienst geht demnach, so das Magazin, von einer Mitwirkung türkischer Kräfte an den Vorgängen aus.

Laut regierungsnahen türkischen Quellen haben seit Beginn der Grenzöffnung knapp 150.000 Flüchtlinge die Türkei in Richtung Griechenland verlassen. An selber Stelle ist davon die Rede, griechische Grenzschrützer hätten drei Flüchtlinge getötet und über 200 verletzt. Diese seien zur Behandlung in

türkische Krankenhäuser gebracht worden. Griechische Behörden dementieren die Vorwürfe

Laut einem unabhängigen türkischen Medienbericht hat Ankara bereits am 17. März damit begonnen, die Grenzzone zu evakuieren. Am Folgetag war Präsident Erdoğan mit Bundeskanzlerin Merkel sowie dem französischen Präsidenten Macron zu einem Gipfeltreffen verabredet, das wegen der Umstände als Video-Konferenz stattfand. Dabei ging es im Wesentlichen um die Zukunft des außer Kraft gesetzten Flüchtlingsabkommens. Man könnte vermuten, Erdoğan habe gleichsam als Zeichen des guten Willens zu einer Deeskalation an der Grenze beigetragen. Ob zwischen dem Rückrudern Ankaras und dem Gipfeltreffen ein Zusammenhang besteht, ist nicht bekannt.

Ende der vergangenen Woche hat das türkische Innenministerium die Evakuierung der Notunterkünfte an der Grenze offiziell bekannt gegeben. „Die Türkei hat 5.800 Flüchtlinge aus dem Grenzgebiet nach Griechenland evakuiert“, berichtete *Daily Sabah* am 27. März in einer Eilmeldung. Die Aktion sei „ein Teil der Corona-Virus Maßnahmen“, so das Blatt.

Die Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union – vom türkisch-griechischen Verhältnis ganz zu schweigen – haben im Zuge der Vorfälle an der Grenze Schaden genommen. Ankaras Kalkül, Brüssel durch den Druck an der Außengrenze zum Entgegenkommen in Sachen Flüchtlingsabkommen und in der Idlib-Frage zu bewegen, ist nicht aufgegangen. Im Gegenteil: In der Gemeinschaft hat Erdoğan's Gangart zu einer Verstimmung, ja Verhärtung geführt. Man lasse sich nicht erpressen, so oder so ähnlich lautet die verschiedentlich intonierte Reaktion.

Die türkische Regierung hatte gehofft, dass bis zum Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs am 26. März die Grundlagen der künftigen Zusammenarbeit in der Flüchtlingsfrage unter Dach und Fach sind. Dazu ist es nicht gekommen. Beim virtuellen Treffen der Regierungschefs ging es fast ausschließlich um die Corona-Pandemie und die europäischen Gegenmaßnahmen. Im letzten Punkt der Abschlusserklärung erscheint ein Hinweis zur Situation an den europäischen Außengrenzen. Die Mitgliedsstaaten äußern ihre „Sorge über die Lage an der griechisch-türkischen Grenze“ und bekräftigen ihre „volle Solidarität mit Griechenland“.

Frauenpower? – Empirische Daten zur Gleichstellung der Frau geben ein gemischtes Bild

(RM) Das „Forschungsinstitut zu Gender- und Frauenfragen“ der Istanbuler Kadir-Has-Universität versteht sich als eine „feministische Organisation“. Die repräsentativen Meinungsumfragen des Instituts zu Genderfragen und der Situation der Frauen in der Türkei sind eine wichtige Quelle für belastbare Informationen zur Lage von Frauen in der Türkei. Der nun [veröffentlichte Bericht](#) gibt auf 66 Seite ein gemischtes, in der zeitlichen Perspektive durchaus positives Bild. Die demoskopischen Daten beruhen auf Umfragen der zurückliegenden fünf Jahren. Im Frühjahr 2020 befragten die Experten 1216 Personen in urbanen Gebieten; 92 % der türkischen Bevölkerung leben – so erfahren wir in der Einleitung – in Städten.

Auf die Frage, ob Frauen und Männer die gleichen Chancen haben sollten, antworten 2020 90% mit Ja; im Jahre 2016 lag dieser Wert noch bei 74 %. Ähnlich hoch ist die Zustimmungsrate, wenn es um gleichen Lohn für gleiche Arbeit geht.

Ein Abschnitt ist dem Thema „Frauen und Politik“ gewidmet. Auch hier weist die Fünfjahres-Tendenz eindeutig in Richtung Akzeptanz einer stärkeren Rolle der Frau. Den Satz, „die Teilnahme von Frauen in der Politik hat positive Auswirkungen auf die Gesellschaft“ bejahten im Frühjahr dieses Jahres 81% der befragten Türiinnen und Türken – 16% mehr als noch vor fünf Jahren. Laut Umfrage sind lediglich 17% der Befragten in dem mehrheitlich muslimischen Land der Ansicht, Politik sei ein „Männerberuf“; 2016 lag dieser Wert bei 28%.

Interessant sind auch die demografischen Daten: Während 49% der Türiinnen statistisch in die Rubrik „Hausfrauen“ fallen, sind die berufstätigen Frauen stärker im öffentlichen Dienst vertreten als die Männer: 16% der Türiinnen arbeiten für den Staat, bei den Männern beträgt dieser Wert 8%. In Parenthese sei angemerkt, dass in der Rubrik „Hausmann“ eine Nullnennung erscheint. Ein aktuelles Thema ist leider auch in der Türkei die „Gewalt in der Ehe“. Im Schnitt sind 69% der Befragten der Meinung, Gewalt in der Ehe sei ein Scheidungsgrund. Je jünger die Befragten, desto stärker ist die Überzeugung, dass Gewalt in der Ehe ein Scheidungsgrund ist.

Der Bericht enthält ausführliches Datenmaterial zur Einstellung der türkischen Bevölkerung zum Thema Abtreibung. Hier stellen die Wissenschaftler eine

Zunahme der Ablehnung in den zurückliegenden fünf Jahren fest. Während eine wachsende Mehrheit (immerhin 70%) der Meinung ist, Abtreibungen sind unter besonderen Umständen (Vergewaltigung, Inzest, medizinische Indikation) akzeptabel, meinen ebenso viele, die Praxis gehöre verboten, da sie unschuldiges Leben zerstöre. Ähnlich viele Befragte sind der Meinung, Abtreibung verstoße gegen „unsere Traditionen“. Schließlich gibt es einige Angaben zur Einstellung zur häuslichen Arbeitsteilung, die eine Aussagekraft für das genderspezifische Rollenverständnis haben. Laut Umfrageergebnissen geht der türkische Mann den Arbeiten im Hausstand zusehends aus dem Wege. Während im Jahre 2016 10% der türkischen Männer den Frauen bei der Wäsche, dem Kochen und dem Spülen zur Seite standen, ist dieser Anteil heute nur noch halb so groß. Deutlich besser sieht es bei der Erziehung der Kinder aus: Immerhin sind 51% der türkischen Männer an ihrem Nachwuchs interessiert – vor fünf Jahren waren es nur 31%. Das Wechseln der Windeln bleibt jedoch auch in der Türkei im Wesentlichen den Müttern überlassen. Die Studie hat ermittelt, dass heute lediglich 8% der türkischen Männer hier Hand anlegen.

